



January 31, 1991

The Chancellor's [Helmut Kohl's] Telephone Conversation with the American President George Bush on 28 January 1991

Citation:

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Telephone Conversation with the American President George Bush on 28 January 1991", January 31, 1991, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59734, 252-254. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger. <https://digitalarchive.umd.edu/document/300103>

Summary:

Kohl and Bush review the situation in the Gulf and discuss Germany's financial contribution to the costs of the war. In terms of numbers, Bush has in mind one billion dollar as a contribution to the previous costs for the "desert shield" campaign and another five billion dollars to help cover the first three months of the war.

Original Language:

German

Contents:

- Original Scan
- Transcript - German
- Translation - English

Abteilungsleiter 2

Bonn, den 31. Januar 1991

225
251

Über

Herrn Chef des Bundeskanzleramtes
Herrn Bundeskanzler

Der Leiter
des Kanzlerbüros
31. JAN. 1991

zel A
D. 1/2

Betr.: Ihr Telefongespräch mit dem amerikanischen Präsidenten George
Bush am 28. Januar 1991
hier: Gesprächsvermerk

Anbei lege ich Ihnen den Vermerk über Ihr Telefonat mit dem ameri-
kanischen Präsidenten George Bush mit der Bitte um Billigung vor.

Der Vermerk sollte nicht weitergeben werden.

Hartmann
(Dr. Hartmann)

Abteilungsleiter 2

Bonn, den 31. Januar 1991

226
252

Betr.: Telefongespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Präsidenten Goerge Bush am 28. Januar 1991

Der Bundeskanzler stellt eingangs die Frage, ob es Neuigkeiten vom Golf gebe.

Präsident Bush erwidert, es gebe keine wirklich neue Entwicklung. Alles laufe nach Plan. Die amerikanische Regierung sei allerdings überrascht darüber, daß die irakischen Flugzeuge in den Iran verbracht worden seien.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, was dies zu bedeuten habe. Ob dies im Auftrag von Saddam Hussein geschehen sei?

Präsident Bush erwidert, die amerikanische Seite habe zunächst gedacht, es handele sich um eine illegale Aktion. Man sei sich dessen aber nicht mehr sicher. Nach jetziger Einschätzung habe Saddam Hussein sich zu diesem Schritt entschlossen, um seine Flugzeuge in Sicherheit zu bringen. Es habe eine Reihe von Luftkämpfen gegeben und jedesmal seien die irakischen Flugzeuge ausnahmslos abgeschossen worden.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob Präsident Bush glaube, daß diese Flugzeuge in den Irak zurückkehren würden, oder ob der Iran zu seiner Zusage stehe, daß die Flugzeuge dort bleiben müßten?

Präsident Bush erwidert, er hoffe, daß letzteres der Fall sein werde. Man werde den Vorgang genau beobachten. Im übrigen bereite der Ölteppich den USA große Sorge. Es handele sich zweifellos um einen Akt der Verzweiflung, der keinerlei militärischen Nutzen für die irakische Seite habe.

Der Bundeskanzler erklärt, dies habe in Europa verheerende psychologische Wirkungen für Saddam Hussein gehabt. Es sei einer der schwersten Fehler, den Saddam Hussein gemacht habe. Natürlich sei der schwerste Fehler der Überfall auf Kuwait und sodann die Geiselnahme gewesen. Auch die Wahnsinnstat mit den Alliierten-Gefangenen gehöre in diese Linie.

Der Bundeskanzler erklärt sodann, daß er am 30. Januar 1991 eine Regierungserklärung im Bundestag abgeben werde. Er werde dem Präsidenten den Text über den außenpolitischen Teil unverzüglich zuleiten. Er wäre dankbar, wenn seine Ausführungen auch von den Presseleuten im Weißen Haus zur Kenntnis genommen würden.

Heute abend werde er Besuch aus Israel bekommen und mit den Israelis über Materiallieferungen sprechen. Der Präsident könne sich vorstellen, um was für Material es sich handele. Er gehe davon aus, daß dies auch die Zustimmung und das Interesse des Präsidenten finde.

Präsident Bush stimmt dem nachdrücklich zu und erklärt, der Besuch von Bundesminister Genscher in Israel sei eine sehr gute Idee gewesen.

Der Bundeskanzler fährt fort, er wolle den Israelis gegenüber großzügig sein. Nach Abschluß der Gespräche werde er dem Präsidenten eine persönliche Nachricht zukommen lassen.

Was die Türkei betreffe, so werde er Luftabwehrsysteme dorthin verlegen. Dies werde einen stabilisierenden Effekt haben. Ferner werde er in der Regierungserklärung deutlich sagen, daß wir selbstverständlich zu unseren NATO-Verpflichtungen stünden.

Präsident Bush wirft ein, das sei sehr gut.

Der Bundeskanzler fährt fort, was die Unterstützung der Vereinigten Staaten angehe, so wolle er dem Präsidenten heute mitteilen - auch im Hinblick auf die "State of the Union"-Message -, daß wir bereit seien, uns an den Kosten zu beteiligen. Gleichzeitig würden daß auch weitere Kosten zur Unterstützung der Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropa auf uns zukommen. Dies werde in der Konsequenz bedeuten, daß er die Steuern erhöhen werde. Wir seien uns aber bewußt, daß wir nicht abseits stehen können, wenn die USA und andere enorme Kosten im Golfkrieg zu tragen hätten.

Finanzminister Brady habe gegenüber BM Waigel eine Summe von fünf Milliarden Dollar genannt, der Präsident habe jetzt von sechs Milliarden Dollar gesprochen. Ferner liege ihm auch eine Bitte von britischer Seite um Unterstützung in Höhe von rund 800 Millionen DM vor. Gleichzeitig habe er einen Brief des polnischen Präsidenten Walesa erhalten mit der Bitte, auch in Polen etwas zu tun, wo die Lage dort immer schlimmer werde.

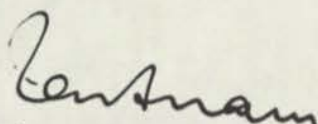
Seine Frage sei daher, ob man sich auf fünf Milliarden Dollar für die ersten drei Monate dieses Jahres einigen könne.

Präsident Bush erwidert, er habe seine Unterlagen nicht vor sich liegen. Wenn dies aber die Entscheidung des Kanzlers sei, werde sie von ihm begrüßt. Er wolle aber noch einmal mit Außenminister Baker sprechen und sich dann melden.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß Außenminister Baker im Januar noch einen anderen Betrag genannt habe.

Präsident Bush erwidert, er habe bei seinem Vorschlag daran gedacht, daß eine Milliarde Dollar als Beteiligung an den bisherigen Kosten für die Aktion "Wüstenschild" gedacht sei. Die weiteren fünf Milliarden Dollar seien für die ersten drei Monate in dem jetzt begonnen Krieg gedacht.

Der Bundeskanzler und Präsident Bush einigen sich, die Angelegenheit in einem weiteren Telefongespräch abschließend regeln werden.


(Dr. Hartmann)

Abteilungsleiter 2

Bonn, den 31. Januar 1991

V e r m e r k

Betr.: Telefongespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Präsidenten George Bush am 28. Januar 1991^[1]

Der Bundeskanzler stellt eingangs die Frage, ob es Neuigkeiten vom Golf gebe.

Präsident Bush erwidert, es gebe keine wirklich neue Entwicklung. Alles laufe nach Plan. Die amerikanische Regierung sei allerdings überrascht darüber, daß die irakischen Flugzeuge in den Iran verbracht worden seien.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, was dies zu bedeuten habe. Ob dies im Auftrag von Saddam Hussein geschehen sei?

Präsident Bush erwidert, die amerikanische Seite habe zunächst gedacht, es handele sich um eine illegale Aktion. Man sei sich dessen aber nicht mehr sicher. Nach jetziger Einschätzung habe Saddam Hussein sich zu diesem Schritt entschlossen, um seine Flugzeuge in Sicherheit zu bringen. Es habe eine Reihe von Luftkämpfen gegeben und jedesmal seien die irakischen Flugzeuge ausnahmslos abgeschossen worden.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob Präsident Bush glaube, daß diese Flugzeuge in den Irak zurückkehren würden, oder ob der Iran zu seiner Zusage stehe, daß die Flugzeuge dort bleiben müßten?

Präsident Bush erwidert, er hoffe, daß letzteres der Fall sein werde. Man werde den Vorgang genau beobachten. Im übrigen bereite der Ölteppich den USA große Sorge. Es handele sich zweifellos um einen Akt der Verzweiflung, der keinerlei militärischen Nutzen für die irakische Seite habe. Der Bundeskanzler erklärt, dies habe in Europa verheerende psychologische Wirkungen für Saddam Hussein gehabt. Es sei einer der schwersten Fehler, den Saddam Hussein gemacht habe. Natürlich sei der schwerste Fehler der Überfall auf Kuwait und sodann die Geiselnahme gewesen. Auch die Wahnsinnstat mit den Alliierten-Gefangenen gehöre in diese Linie.

Der Bundeskanzler erklärt sodann, daß er am 30. Januar 1991 eine Regierungserklärung im Bundestag abgeben werde. Er werde dem Präsidenten den Text über den außenpolitischen Teil unverzüglich zuleiten. Er wäre dankbar wenn seine Ausführungen auch von den Presseleuten im Weißen Haus zur Kenntnis genommen würden.

Heute abend werde er Besuch aus Israel bekommen und mit den Israelis über Materiallieferungen sprechen. Der Präsident könne sich vorstellen, um was für Material es sich handele. Er gehe davon aus, daß dies auch die Zustimmung und das Interesse des Präsidenten finde.

Präsident Bush stimmt dem nachdrücklich zu und erklärt, der Besuch von Bundesminister Genscher in Israel sei eine sehr gute Idee gewesen.

Der Bundeskanzler fährt fort, er wolle den Israelis gegenüber großzügig sein. Nach Abschluß der Gespräche werde er dem Präsidenten eine persönliche Nachricht zukommen lassen.

Was die Türkei betreffe, so werde er Luftabwehrsysteme dorthin verlegen. Dies werde einen stabilisierenden Effekt haben. Ferner werde er in der Regierungserklärung deutlich sagen, daß wir selbstverständlich zu unseren NATO-Verpflichtungen stünden.

Präsident Bush wirft ein, das sei sehr gut.

Der Bundeskanzler fährt fort, was die Unterstützung der Vereinigten Staaten angehe, so wolle er dem Präsidenten heute mitteilen - auch im Hinblick auf die "State of the Union"-Message -, daß wir bereit seien, uns an den Kosten zu beteiligen. Gleichzeitig würden daß auch weitere Kosten zur Unterstützung der Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropa auf uns zukommen. Dies werde in der Konsequenz bedeuten, daß er die Steuern erhöhen werde. Wir seien uns aber bewußt, daß wir nicht abseits stehen können, wenn die USA und andere enorme Kosten im Golfkrieg zu tragen hätten.

Finanzminister Brady habe gegenüber BM Waigel eine Summe von fünf Milliarden Dollar genannt, der Präsident habe jetzt von sechs Milliarden Dollar gesprochen.

Ferner liege ihm auch eine Bitte von britischer Seite um Unterstützung in Höhe von rund 800 Millionen DM vor. Gleichzeitig habe er einen Brief des polnischen Präsidenten Walesa erhalten mit der Bitte, auch in Polen etwas zu tun, wo die Lage dort immer schlimmer werde.

Seine Frage sei daher, ob man sich auf fünf Milliarden Dollar für die ersten drei Monate dieses Jahres einigen könne.

Präsident Bush erwidert, er habe seine Unterlagen nicht vor sich liegen. Wenn dies aber die Entscheidung des Kanzlers sei, werde sie von ihm begrüßt. Er wolle aber noch einmal mit Außenminister Baker sprechen und sich dann melden.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß Außenminister Baker im Januar noch einen anderen Betrag genannt habe.

Präsident Bush erwidert, er habe bei seinem Vorschlag daran gedacht, daß eine Milliarde Dollar als Beteiligung an den bisherigen Kosten für die Aktion "Wüstenschild" gedacht sei. Die weiteren fünf Milliarden Dollar seien für die ersten drei Monate in dem jetzt begonnenen Krieg gedacht. Der Bundeskanzler und Präsident Bush einigen sich, die Angelegenheit in einem weiteren Telefongespräch abschließend regeln werden.

(Dr. Hartmann)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59734, 252-254.

[Editor's note: This document was also published, in the German original, in Andreas Wirsching, Hélène Miard-Delacroix, and Gregor Schöllgen, eds., *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1991* (Berlin; Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2022), <https://doi.org/10.1515/9783110762204>.]

Head of Department 2

Bonn, 31 January 1991

M e m o r a n d u m

Subject: The Chancellor's Telephone Conversation with the American President George Bush on 28 January 1991^[1]

At the beginning, the Chancellor asks whether there was any news from the Gulf. President Bush replies that there was no real new development. Everything was going according to plan. However, the American government was surprised that the Iraqi planes had been brought into Iran.

The Chancellor asks what this meant. Was this done on behalf of Saddam Hussein?

President Bush replies that the American side had initially thought it was an illegal act. But one was no longer sure of that. According to current estimates, Saddam Hussein had decided to take this step in order to bring his planes to safety. There had been several aerial battles and each time the Iraqi planes were shot down without exception.

The Chancellor asks whether President Bush believed that these planes would return to Iraq, or whether Iran stood by its promise that the planes must stay there.

President Bush replies that he hoped that the latter would be the case. The process would be closely monitored. Additionally, the oil spill was of great concern to the United States. It was undoubtedly an act of desperation that had no military benefit for the Iraqi side.

The Chancellor explains that this had devastating psychological effects for Saddam Hussein in Europe. It was one of the worst mistakes that Saddam Hussein had made. Of course, the worst mistake had been the attack on Kuwait and then the hostage-taking. The insane act with the Allied prisoners also belonged in this line.

The Chancellor then declares that he will make a government statement in the Bundestag on 30 January 1991. He will immediately forward the text on the foreign policy part to the President. He would be grateful if his remarks were also noted by the press in the White House.

Tonight, he would receive a visit from Israel and talk to the Israelis about material deliveries. The President could imagine what kind of material it was. He assumed that this would also be met with the approval and interest of the President.

President Bush emphatically agrees and declares that Federal Minister Genscher's visit to Israel was a very good idea.

The Chancellor goes on to say that he wanted to be generous to the Israelis. When the talks were over, he would send the President a personal message.

As for Turkey, he would move air defense systems there. This would have a stabilizing effect. He would also make it clear in the government statement that we would, of course, stand by our NATO commitments.

President Bush interjects that this was very good.

The Chancellor continues, saying that, as it concerned the support of the United States, he would like to inform the President today – also regarding the "State of the Union" message – that we were ready to contribute to the costs. At the same time, we would also face further costs to support the countries of Central, Eastern, and Southeastern Europe. The consequence of this would be that he would raise taxes. We were aware, however, that we could not stand aside if the United States and others had to bear enormous costs in the Gulf War.

Finance Minister Brady had told BM Waigel a sum of five billion dollars, and the President had now spoken of six billion dollars. He also had a request from the British for support amounting to around DM 800 million. At the same time, he had received a

letter from Polish President Walesa with the request to do something in Poland, where the situation was getting worse and worse. His question was therefore whether they could agree on five billion dollars for the first three months of this year.

President Bush replies that he did not have his papers in front of him. If this was the decision of the Chancellor, it would be welcomed by him. He wanted to speak to Secretary of State Baker again and then get in touch.

The Chancellor points out that Secretary Baker had mentioned another amount in January.

President Bush replies that in his proposal, he had in mind that one billion dollars was intended as a contribution to the previous costs for the "desert shield" campaign. The other five billion dollars were intended for the first three months of the war that had now started.

The Chancellor and President Bush agree that the matter would finally be settled in another telephone conversation.

[handwritten signature]

(Dr. Hartmann)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59734, 252-254.